



Nummer: 117/2015
den 30. Okt. 2015

Mitglieder des Kreistags
und des Sozialausschusses
des Landkreises Esslingen

- Öffentlich
 Nichtöffentlich
 Nichtöffentlich bis zum
Abschluss der Vorberatung

- KT
 VFA
 ATU
 ATU/BA
 SOA 26. Nov. 2015
 KSA
 JHA

Betreff: Haushaltsdebatte 2016
- Anträge der Fraktionen

Anlagen: -

- Verfahrensgang: Einbringung zur späteren Beratung
 Vorberatung für den Kreistag
 Abschließender Beschluss im Ausschuss

BESCHLUSSANTRAG:

Der Sozialausschuss entscheidet über die von den Fraktionen eingebrachten Anträge.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Die Auswirkungen der Anträge der Fraktionen auf den Haushalt 2016 werden von der Verwaltung in der Sitzung bzw. in der Vorlage 117a/2015 erläutert.

Sachdarstellung:

Anlässlich der Haushaltsdebatte über den Kreishaushalt 2016 am 29. Oktober 2015 wurden folgende Anträge gestellt, die vom Sozialausschuss in der Sitzung am 26. November 2015 beraten und vom Kreistag am 10. Dezember 2015 nur dann nochmals aufgegriffen werden, wenn die Fraktionen mit dem Ergebnis der Ausschussberatung nicht einverstanden sind.

1. Anträge der Fraktion Freie Wähler

- 1.1 Wir beantragen einen Bericht, ob mit mehr Personaleinsatz eine Verbesserung der Rückerstattung von Leistungen erzielt werden kann.

In einer Sitzung des VFA ist kürzlich angeklungen, dass es personelle Engpässe im Sozialamt gibt. Durch diese Engpässe können mögliche Rückerstattungen von Leistungen nicht ordnungsgemäß abgewickelt werden. Wir wollen nun wissen, ob durch eine Personalaufstockung das Problem gelöst werden kann, ohne dass dafür Mehrkosten für den Landkreis entstehen.

2. Anträge der SPD-Fraktion

- 2.1 Die SPD-Kreistagsfraktion begrüßt die Strategie WiAA im Landkreis Esslingen und beantragt:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Sprachförderung zu erarbeiten für die erste Stufe „FlüAG Sprachkurse“, das folgende Rahmenbedingungen berücksichtigt:

1. Mit verschiedenen Bildungsträgern ist eine Rahmenvereinbarung abzuschließen über die Durchführung von Sprachkursen bis zum Niveau A1.
 2. Die Grundkurse werden durch die AK Asyl durchgeführt, die Organisation erfolgt in Zusammenarbeit mit der AWO. Die Kommunen unterstützen dies unter Einsatz der im Wesentlichen durch den Kreis finanzierten Koordinierungsstellen. Dies gilt auch für die Verwaltung der entsprechenden Mittel (92,73 Euro pro Person) und die Zur-Verfügung-Stellung von Räumlichkeiten.
 3. Alle Flüchtlinge sollen diese Grundkurse besuchen. Um die Weiterbildungskurse durch die Bildungsträger effektiv zu nutzen, werden Motivation und Verbindlichkeit benötigt. Um dies zu befördern, wird ein Eigenanteil an den Kosten von jedem Flüchtling verlangt. Dieser Eigenanteil wird vorab durch die Landkreisverwaltung einbehalten und bei erfolgreicher Absolvierung wieder zurückerstattet.
 4. Die 170 Flüchtlinge, die am Projekt „Chancen gestalten“ teilnehmen können, erhalten wie bisher die Qualifikation bis B2 als Anerkennung (Stipendium) für die bisher erbrachten Leistungen.
 5. Weitere Lehrkräfte müssen qualifiziert werden.
 6. Die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen wird über ein Controlling festgestellt.
- 2.2 Wir beantragen die Einrichtung einer Stelle bei der Landkreisverwaltung, die ausschließlich für die Zusammenarbeit mit den Kommunen bezüglich der Anschluss-Unterbringung zuständig ist.
- 2.3 Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt einen Tätigkeitsbericht der Koordinierungsstelle für die Ehrenamtlichen im ersten Quartal 2016.
- 2.4 Wir bitten die Verwaltung, eine Konzeption für die Beratung an den Frauenhäusern zu erarbeiten, damit eine an Kriterien orientierte, vergleichbare

qualifizierte Beratung an allen Frauenhäusern im Landkreis gewährleistet ist.

3. Anträge der Fraktion GRÜNE

- 3.1 Wir beantragen für die Fachberatungsstelle „Frauen helfen Frauen e.V.“ in Esslingen einen Zuschuss in Höhe von 15.000,- Euro, damit Frauen in Gewalt- und Krisensituationen, unabhängig von ihrem Wohnort, zeitnah eine Beratung erhalten. Um die Beratung von Frauen in akuten Gewaltsituationen und -beziehungen im Landkreis sicherzustellen, wird mit den Fachberatungsstellen und Frauenhäusern ein Konzept für den Landkreis erstellt.
- 3.2 Wir beantragen einen aktuellen Bericht über die Anzahl der Aufnahmeplätze der Wohnungslosenhilfe und deren Bedarfe an verschiedenen Standorten, der Möglichkeiten der Erweiterung der Aufnahmekapazitäten, sowie der Auslastung und Bedarf an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der Bericht soll die Versorgungslage in den Tagesstätten für Wohnungslose mit einschließen.

4. Anträge der Fraktion DIE LINKE

- 4.1 Wir beantragen, dass in den Unterkünften für Flüchtlinge über den Stuttgarter Verein "Freifunk" kostengünstiges WLAN eingerichtet wird.
- 4.2 Wir stellen den Antrag, dass die Wirtschaftsförderung des Landkreises mit den verschiedenen Verbänden ein Programm entwickeln soll mit dem Ziel: Deutsch am Arbeitsplatz zu lernen.
- 4.3 Wir beantragen, dass Betroffene und ihre Eltern an der Inklusionskonferenz teilnehmen können.

5. Anträge DIE REPUBLIKANER

- 5.1 Bei kleineren, wohnortnahen Pflegeheimen besteht oft das Problem, dass sie sich wirtschaftlich „nicht richtig lohnen“. Den Bürger in den kleineren Gemeinden soll trotzdem ermöglicht werden, in der Nähe ihrer Heimat ihren Lebensabend zu verbringen.
Eine gewisse Mitfinanzierung durch Kreis / Gemeinde im investiven Bereich könnte Investoren bei ihrer Entscheidung unterstützen.
Dies könnte auch ohne ein entsprechendes Landesprogramm erfolgen.
- 5.2 Die vom Landkreis mit der Betreuung beauftragte Arbeiterwohlfahrt (AWO) möchte die Betreuung von Asylbewerbern drastisch einschränken. So sollen die Sprechzeiten in den Einrichtungen erheblich reduziert werden.
- 5.2.1 Ist damit noch eine vernünftige Betreuung möglich?
- 5.2.2 Gibt es Alternativen zur AWO und was plant der Landkreis diesbezüglich?

- 5.3.1 Welche ansteckenden Krankheiten treten in Asyleinrichtungen des Landkreises auf und wie wird eine Behandlung sichergestellt?
- 5.3.2 Gibt es Ärzte, die sich auf die Behandlung von Asylbewerbern spezialisiert haben und wie wird diese Dienstleistung vergütet?
- 5.3.3 Sind Fälle bekannt, dass Asylbewerber aus den Erstaufnahmezentren ohne nähere Untersuchung mit hochinfektionellen Krankheiten in Einrichtungen des Landkreises verlagert wurden und dass diese Krankheiten erst von Hausärzten diagnostiziert wurden?

Heinz Eining
Landrat